



Zur Medienorientierung der Rechnung 2016 des Kantons Aargau vom 3.3.2017
Medienmitteilung EVP Aargau

EVP fordert ehrlichen Blick in die Zukunft

Der negative Abschluss der Jahresrechnung des Kantons Aargau kommt für die EVP nicht überraschend. Nun sind aber vom Regierungsrat wirksame Sanierungsmassnahmen gefragt. Auch der Grosse Rat ist gefordert, zukunftsfähige Vorschläge zu unterstützen und mit weitsichtiger Politik die Finanzen wieder ins Lot zu bringen.

Trotz halbwegs erwarteter zusätzlicher Ausschüttung der Nationalbank und einer Entnahme aus dem Ausgleichsfonds schliesst die Rechnung des Kantons Aargau mit einem Defizit von über 100 Mio Franken rot ab. Das bereinigte Defizit ist sogar dunkelrot: 218 Mio Franken! Die Entwicklung ist nicht unerwartet, aber sie wurde zu wenig ernst genommen.

Der Regierungsrat beklagt sich, dass die Steuereingänge unter dem budgetierten Betrag sind, insbesondere bei den juristischen Personen. In Erinnerung an die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, überrascht dies nicht. Der richtige Schluss aus Sicht EVP wäre aber die Feststellung, dass die Budgeterwartungen überhöht waren und die Signale aus der Wirtschaft nicht in den Budgetprozess eingeflossen sind. Eine optimistische Budgetierung der Einnahmen ist eben einfacher, als eine wirksame Reduktion der Kosten!

Auffällig sind die explodierenden Gesundheitskosten. Unser Gesundheitssystem mag wohl hervorragende Leistungen zu erbringen, kränkelt aber selber. Zur Wahl stehen verschiedene „bittere Pillen“, aber nun braucht es den Mut, zu diesen „Fläschchen“ zu greifen.

Der neue zusammengesetzte Regierungsrat muss nun die Zeichen der Zeit ehrlich deuten. Lineare Kürzungen der Budgets über alle Bereiche sind nicht zielführend. Das aktuell vorliegende Sanierungspaket mag gut gemeint sein, die vorgeschlagenen Einsparungen sind aber weitgehend keine echten Sanierungsmassnahmen. Bei den meisten werden die Probleme hinaus geschoben oder umgelagert. Nun ist der Regierungsrat gefordert den Tatsachen realistisch Rechnung zu tragen und dem Grossen Rat wirksame und sinnvolle Massnahmen vorzulegen.

Die Erwartungen der Einwohner an den Staat sind gross, aber die Bereitschaft diese Mitzutragen lassen oft zu wünschen übrig. Unser Lebensstandard ist hoch, in einzelnen Punkten wohl zu hoch. Wenn wir nicht bereit sind, diesen in einigen Bereichen moderat nach unten anzupassen, müssen wir diesen Standard auch finanzieren. Dies kann auch eine Steuererhöhung bedeuten.

Die Evangelische Volkspartei setzt sich zwischen den beiden Polen der Verweigerer von Steuererhöhungen und Erweiterer von staatlichen Dienstleistungen dafür ein, dass Unnötiges und finanziell nicht Tragbares weggelassen wird und mit moderaten Steueranpassungen die notwendigen Aufgaben finanzierbar bleiben. Die EVP sucht einen vernünftigen und weitsichtigen Weg zwischen Solidarität und Eigenverantwortung; sie verfolgt eine nachhaltige und faire Politik.

Roland Frauchiger, 079 416 62 49
Lilian Studer, 076 575 24 77